Der Kinderschutzbund
Landesverband Thüringen

Johannesstraße 2, 99084 Erfurt
Telefon / Fax: 0361/653 194-83 / -81
Mail: post@dksbthueringen.de

Demokratie braucht Chancengerechtigkeit für Kinder und Familien

Positionspapier des Kinderschutzbundes Thüringen zum Koalitionsvertrag 2024 – 29 zwischen CDU, BSW und SPD

Der Kinderschutzbund Thüringen sieht sich mit dem Start der Thüringer Brombeer- Koalition in der Verantwortung, sich ausgehend von seiner Expertise zu Fragen der Teilhabe von Kindern und Familien sowie in der Wahrung und Durchsetzung ihrer Rechte zu Wort zu melden. Wir appellieren an die demokratischen Parteien und die Öffentlichkeit: Eine lebendige Demokratie braucht gerechte Chancen für Kinder und ihre Familien! Mit Blick auf den Koalitionsvertrag hätten wir uns gewünscht, dass Kindern und Jugendlichen ein eigenständiger Abschnitt gewidmet wird. Gerade diese Altersgruppe verlangt hinsichtlich ihrer Vulnerabilität aus unserer Sicht jedoch besondere Aufmerksamkeit.

Im Moment sehen und erleben wir, dass unsere Demokratie zunehmend unter Druck gerät. Gerade die Bundestagswahl hat das politische Kräfteverhältnis besonders in den östlichen Bundesländern sehr deutlich gezeigt. Der gesellschaftliche Konsens, der ein demokratisches Miteinander als Ausgangspunkt hat, braucht es, gestärkt und weiterentwickelt zu werden. Nur auf dieser Basis kann ein chancengerechtes Aufwachsen von Kindern gelingen. Wir brauchen eine Politik, die transparenter ist und die junge Menschen einbezieht.

Demokratiebildung und Beteiligung ist Kinderschutz!

Mit Sorge beobachten wir zunehmend ausgrenzende und diskriminierende Tendenzen insbesondere gegenüber Migrant*innen und Minderheiten in gesellschaftlichen und politischen Diskussionen. Dem gilt es angemessen und mit dem Ziel zu begegnen, gesellschaftliche wie politische Diskurse wieder konstruktiv und unter Wahrung der Rechte aller Beteiligten zu entwickeln.

Politisch muss es zukünftig mehr darum gehen, wie wir Kinder und Familien besser in Demokratieprozesse einbinden können, wir brauchen eine Politik, die sich klar zur Demokratie und einem Wertesystem bekennt, indem die Würde des Menschen und das Wohl der Kinder obenan stehen sowie die Unterschiedlichkeit und Vielfältigkeit von Familienmodellen uneingeschränkte Akzeptanz finden.

Demokratie und Teilhabe sollen im Sinne des Koalitionsvertrags besonders in der Schule gestärkt werden (z.B. mit einer Verfassungsviertelstunde) sowie eine Landesstrategie 2030 entworfen werden, die Erwachsenenbildung zur Aufgabe hat. Aus unserer Sicht braucht es Programme, die *Demokratiebildung* von Anfang an und bis ins Erwachsenenalter zur Querschnittsaufgabe in den Einrichtungen der Bildung und Betreuung erheben. Für Kinder in der Kita, junge Menschen in der Schule wie auch für Erwachsene/Eltern allgemein und Familien im Besonderen.

Beteiligung ist für den Kinderschutzbund ein bedeutendes Kriterium demokratischer Bildungsprozesse sowie des Kinderschutzes. Beteiligung und Mitbestimmung junger Menschen, aber auch der Eltern, sind daher ins Zentrum politischen Handelns zu stellen und überall dort umzusetzen, wo junge Menschen wirken und sie von Entscheidungen betroffen sind. Das gilt besonders auch für den digitalen Raum. Der Kinderschutzbund begrüßt die geplante Weiterentwicklung der Landesstrategie Mitbestimmung, die aus unserer Sicht von Geburt an gelten muss.

- Besonders in der Klima- und Umweltpolitik braucht es mehr Berücksichtigung der Belange und Meinungen junger Menschen, denn es geht besonders um deren Zukunft.
- Die Landesstrategie Mitbestimmung muss fortgeschrieben werden, so dass diese nicht nur für junge Menschen ab 12 Jahren, sondern von Geburt an gilt.
- Die geänderte Kommunalordnung hinsichtlich der Beteiligung junger Menschen gilt bisher auf der Ebene der Gemeinden. Nunmehr ist diese auch auf die Planungen und Vorhaben der Landkreise auszuweiten.
- Besonders ist zu erproben, wie junge Menschen auch in Räten altersgerecht beteiligt werden können.

Der Kinderschutzbund
Landesverband Thüringen

Johannesstraße 2, 99084 Erfurt
Telefon / Fax: 0361/653 194-83 / -81
Mail: post@dksbthueringen.de

Kinderrechte in die Verfassung

Kinder und junge Menschen werden im politischen und gesellschaftlichen Kontext zu wenig in den Blick genommen. Daher tritt der Kinderschutzbund dafür ein, die Thüringer Verfassung als auch das Grundgesetz zu ändern und die Kinderrechte aufzunehmen.

Kinderrechte sind Schutzrechte, Beteiligungsrechte und Förderrechte wie elterliche Fürsorge, gewaltfreie Erziehung, Freizeit und Spiel, Bildung, Gesundheit, Schutz im Krieg und auf der Flucht, Gleichheit, die es allumfänglich umzusetzen gilt.

Es braucht der Berücksichtigung des Kindeswohls (the best Interest of the Child) als Grundprinzip bei allen politischen und gesellschaftlichen Entscheidungen, die junge Menschen betreffen.

Der Kinderschutzbund tritt sowohl auf Bundes- als auch auf Landesebene für eine Senkung des Wahlalters auf 14 Jahre als konkrete Maßnahme zur Stärkung der Beteiligungsrechte junger Menschen ein.

Lebensbedingungen von Familien, Kindern und jungen Menschen verbessern

Armut bekämpfen und gesellschaftliche Teilhabe sichern

Die Entwicklung von Chancengerechtigkeit muss das zentrale Ziel von Familienpolitik sein. Tafeln und Sozialkaufhäuser sind keine geeigneten Maßnahmen, um Chancengerechtigkeit zu erhöhen oder Kinder- und Familienarmut zu bekämpfen. Familienfreundlichkeit misst sich nicht nur an der besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf, sondern wird von einer Politik geprägt, die Familien sichere Handlungsperspektiven eröffnet, sie in ihrer Verantwortung stärkt und in ihren Bedürfnissen entlastet und unterstützt und es ihnen ermöglicht, ihren Alltag im gewählten Lebensmodell zu gestalten. Das Landesprogramm solidarisches Zusammenleben der Generationen gilt es in diesem Sinne beteiligungsorientiert auszubauen und besser auszustatten. Wir begrüßen das Bekenntnis der Fortschreibung des Landesfamilienförderplans.

Teilhabe fängt spätestens mit der Geburt an und setzt sich in der Förderung und Bildung in der Kita und Schule bis hin ins Berufsleben fort.

Die Politik ist aufgefordert, Rahmenbedingungen schaffen, die Kindern Teilhabe unabhängig von familiären Voraussetzungen ermöglicht:

- Der Thüringer Bildungsplan muss in der Lehrer*innenausbildung/Studium Grundlage werden und in den Schulen tatsächliche Beachtung finden.
- Schulen brauchen eine Ausstattung, die sich am Bedarf in Bezug auf die Chancengerechtigkeit der Kinder richtet.
- Mit TIZIAN und ThINKA sind Programme aufgelegt, die es weiterzuführen und auszubauen gilt.
- Zur Armutsbekämpfung brauchen Kinder und Familien die Kindergrundsicherung nach dem Modell des Bündnisses Kindergrundsicherung, statt mit einer Bundesratsinitiative (Koalitionsvertrag) das Ehegattensplitting zu einem Familiensplitting auszubauen.
- Der soziale Wohnungsbau muss stärker gefördert und Segregation eingedämmt werden
- Es braucht echte Kostenfreiheit von Schule und Bildung für alle Kinder
- Wir begrüßen die Initiative im Koalitionsvertrag den Schulhort und die Kita kostenfrei zu gestalten und besonders ein kostenfreies Mittagessen anzubieten.

Bürokratieabbau heißt für den Kinderschutzbund, dass Eltern für ihre Kinder nicht für jede Leistung extra Anträge stellen müssen. Das gilt besonders für benachteiligte Familien, die auf staatliche Unterstützung angewiesen sind. Unterstützungsleistungen müssen aus einer Hand, einer Behörde oder digital vernetzten Behörden kommen.

Es bedeutet zudem, Antragsverfahren von Trägern, die Hilfeleistungen erbringen, zu entbürokratisieren, zu digitalisieren und zu vereinfachen. Im Koalitionsvertrag wird die Entbürokratisierung zwar sehr deutlich benannt, doch gewinnen wir den Eindruck, dass damit eher Bauvorhaben o.ä. gemeint sind.

Der Kinderschutzbund
Landesverband Thüringen

Johannesstraße 2, 99084 Erfurt
Telefon / Fax: 0361/653 194-83 / -81
Mail: post@dksbthueringen.de

Klima- und Umweltschutz ist für Familien und Kinder elementar für ein gutes und gelingendes Leben. Kinder haben das Recht in einer intakten Umwelt aufzuwachsen.

Klimaschutz darf nicht ohne Nachteilsausgleich in Bezug auf besonders betroffene Familien und Kinder betrieben werden.

Nachhaltigkeit muss mit Rücksicht auf die junge Generation und die Ökosysteme grundlegendes gesellschaftliches Prinzip werden, sowohl im politischen als auch wirtschaftlichen Handeln.

Kinder und Familien brauchen unabhängig ihrer Herkunft *(Migration)*, geschlechtlichen Orientierung oder Form des Zusammenlebens für ein gelingendes Leben in demokratischen Verhältnissen ein diskriminierungsfreies Umfeld. Derzeit ist der Alltag junger Menschen und deren Familien mit Migrationshintergrund von Rassismus und Ausgrenzung geprägt.

Aus unserer Sicht ist die Integrationsprogrammatik weiterzuentwickeln, weniger im Sinne der Verpflichtung zur Gemeinnützigkeit wie der Koalitionsvertrag verlautbart, sondern als Aufrechterhaltung des Asylversprechens für Familien und Kinder aus Regionen, in denen deren Sicherheit nicht gewährleistet ist sowie mehr Erleichterungen bei der Fachkräfteeinwanderung auch außerhalb der EU. Menschen aus anderen Ländern, besonders Familien, müssen schnellstmöglich Wege in die Gesellschaft finden und damit auch die Gesellschaft bereichern können.

Kinder- und Jugendhilfe sowie Familienförderung zukunftsorientiert, individuell und inklusiv gestalten /

Das Prinzip gewaltfreier Erziehung muss deutlicher in den erzieherischen Mittelpunkt sowohl im privaten als auch öffentlichen Raum gestellt werden.

- Eltern brauchen Sicherheit und eine Vorstellung davon, wie Erziehung gewaltfrei gelingt - z.B. durch Familienbildung vermittelt.

Die *Kinder- und Jugendhilfe* ist stärker inklusiv und subjektorientiert weiterzuentwickeln, freiheitsentziehende und sonstige Zwangsmaßnahmen, die bspw. in der geschlossenen Unterbringung junger Menschen münden, sind nicht mit den Kinderrechten vereinbar und gehören abgeschafft. Der Kinderschutzbund fordert die Prüfung der Einrichtung von Koordinierungsstellen für komplexe Hilfeverläufe, die an dieser Stelle Abhilfe schaffen können.

Im Koalitionsvertrag hätten wir uns Aussagen zur Entwicklung der Hilfen zur Erziehung besonders in Bezug auf die Bedarfe junger Menschen, die in Einrichtungen leben, oder jener Familien gewünscht, die von diesen Hilfen partizipieren. Durch den enormen Fachkräftemangel sehen wir die Rechte der Kinder in Gefahr. Zudem sehen wir, dass junge Geflüchtete oft strukturell schlechter gestellt sind, wenn bspw. Standardabsenkungen in der Unterbringung beschlossen werden oder sie ihre Rechte hinsichtlich der Hilfen für junge Volljährige, die Anerkennung individueller Jugendhilfebedarfe und Vormundschaft nicht geltend machen können.

Ein wichtiger Beitrag, um den Rechten junger Menschen gerecht zu werden, ist das Bekenntnis zur Thüringer Ombudsstelle „Dein Megafon“ mit der Festschreibung im ThürKJHAG im Jahr 2024. Diese muss zukünftig auch auskömmlich finanziert werden.

Zudem fordern wir den Ausbau von Schutzkonzepten insbesondere im Bereich von Angeboten, die „am Rand der Kinder- und Jugendhilfe“ durch ehrenamtliche Aktivitäten aber auch durch Kulturvereine oder kreative und künstlerische Angebote realisiert werden.

Wir begrüßen die Initiative die Digitalisierung der Kinder- und Jugendhilfe durch Investitionsprogramm weiter voranbringen zu wollen. Das ist jedoch nur eine Seite in der Erschließung digitaler Räume. Hinsichtlich des Kinderschutzes und der Demokratiebildung gehört dazu unbedingt die Medienkompetenz junger Menschen zu erhöhen.

Der Kinderschutzbund
Landesverband Thüringen

Johannesstraße 2, 99084 Erfurt
Telefon / Fax: 0361/653 194-83 / -81
Mail: post@dksbthueringen.de

Junge Menschen machen im ländlichen Raum zunehmend die Erfahrung des abgehängt Seins. Um dem zu entgegnen, braucht es mehr demokratiefördernde Maßnahmen in Jugendarbeit insbesondere im ländlichen Raum, aber auch einer Förderung der Mobilität wie bspw. eines kostenfreien ÖPNV und dem Ausbau des digitalen Netzes. Die Jugendpauschale bedarfsgerecht abzusichern wird dafür nicht reichen, diese muss vielmehr weiter ausgebaut werden.

Chancengerechtigkeit in Bildung und Erziehung verbessern

Bildung beginnt in der Kita. Dieser Bereich ist qualitativ weiterzuentwickeln, was für den Kinderschutzbund bedeutet:

- den Thüringer Bildungsplan hinsichtlich der Medienbildung auch in Kitas umzusetzen,
- die Förderung der ThEKiZ und Sprach-Kitas auszubauen,
- die Personalausstattung und den Personalschlüssel weiter zu verbessern.

Wir brauchen ein an den Bedarfen einer offenen und demokratischen Gesellschaft ausgerichtetes Bildungssystem in der Schule, das mehr die Lebenswelten der jungen Menschen berücksichtigt. Das bedeutet aus unserer Sicht unter anderem:

- mehr individuelle Berücksichtigung und Förderung des einzelnen Kindes,
- Aufnahme des inklusiven Gedankens in seiner gesamten Komplexität ins Schulgesetz, um die Vielfalt und Heterogenität der Schüler*innen aufzugreifen,
- Entwicklung der Thüringer Gemeinschaftsschule als zentrale Schulform, die inklusiv und die individuellen Bedarfe der Kinder berücksichtigend, jedem Kind den individuell weitest gehenden Abschluss ermöglicht,
- den bestehenden Bildungsplan weiterentwickeln und in Schule endlich umsetzen,
- die Digitalisierung der Schulen und Medienkompetenzen der Schüler*innen wie Lehrer*innen ausbauen (die Aussage im Koalitionsvertrag, dass analoges Lernen in der Grundschule Vorrang hat, geht an der Lebenswirklichkeit der Schüler*innen wie auch der Eltern vorbei),
- Sicherstellung von kostenfreiem Lernen, was besonders hinsichtlich digitaler Zugänge und Endgeräte bisher nicht erfüllt wird,
- dem Unterrichtsausfall entgegenwirken,
- Etablierung von Schutzkonzepten und Ombudsstellen an allen Schulen.

Der Kinderschutzbund Thüringen fordert die Koalitionspartner dazu auf, in der Entwicklung einer auf die Wahrung und Weiterentwicklung unserer Demokratie gerichteten Politik geeignete Rahmenbedingungen zu schaffen, in denen Kinder und Familien mit bestmöglichen Teilhabechancen ausgestattet sind. Die Gestaltung des politischen Diskurses muss dabei überzeugend und wirkmächtig als Beispiel für die Gestaltung der weiteren Diskurse innerhalb unserer Gesellschaft dienen können. Die geplante *Corona-Aufarbeitung* muss dazu dienen aus der Pandemie nicht nur für den Gesundheitsbereich zu lernen, sondern auch um Fehler in Bezug auf Kinder und Familien nicht zu wiederholen. Der Kinderschutzbund Thüringen bringt sich in diesen Prozess gerne kritisch-konstruktiv ein.